

NEUE LUZERNER ZEITUNG



Rentenreform Ein Luzerner Wirtschaftsprofessor sagt, warum es die Schuldenbremse braucht. **3**

Horrorunfall Bei einem schweren Zugunglück in Apulien starben zahlreiche Menschen. **36**

Rollentausch Walter Schmid, Direktor der Hochschule für Soziale Arbeit, wird Dozent. **22**

Dorfzentrum soll autofrei werden

EBIKON red. Bereits seit Jahren suchen die Ebikoner nach einer Lösung für ihr Zentrum. Dort teilt die Zentralstrasse den Ort in zwei Hälften. Deshalb will der Gemeinderat verkehrsberuhigende Massnahmen und eine Flaniermeile realisieren.

Der Architekt Roland Huwiler bringt nun einen neuen Vorschlag ins Spiel: Die Zentralstrasse soll auf einer Länge von 250 Metern leicht versetzt und überdacht werden. So würde Fläche für einen durchgehenden Dorfplatz frei. Zudem könnten auf dem Tunneldach Wohnungen realisiert werden. Die Parteien stehen dem Vorschlag offen gegenüber. **21**

Online-Billette neu per Rechnung

SBB red. Die SBB wollen es Kunden künftig erlauben, auch im Internet gekaufte Billette per Rechnung zu bezahlen. Heute ist dies nur mit Kredit- oder Debitkarte möglich. «Kunden sollen künftig in unserem Webshop und via Mobile-App auch auf Rechnung einkaufen können», bestätigte SBB-Sprecher Reto Schärli gestern auf Anfrage unserer Zeitung.

Aktuell ist das Projekt zwecks Auswahl des Technologielieferanten ausgeschrieben. Die SBB rechnen damit, dass die neue Dienstleistung im ersten Halbjahr 2017 eingeführt werden kann. **13**

Gnadenfrist für Defizitsünder

BRÜSSEL red. Die EU-Finanzminister haben den Weg für Strafen gegen die beiden Defizitsünder Spanien und Portugal frei gemacht. Beide Länder seien nicht konsequent genug gegen ihre Haushaltsdefizite vorgegangen, hiess es in Brüssel. Konkrete Sanktionen wurden jedoch noch keine verhängt. Vielmehr hat nun die EU-Kommission 20 Tage Zeit, um mögliche Strafen vorzuschlagen.

Politikberater Daniel Gros erklärt im Interview, warum der EU-Stabilitätspakt bisher keine Wirkung zeigte. Er sagt unter anderem, Ausnahmen hätten in der EU Tradition. **11**

Also doch: Regierung plant höhere Steuern

LUZERN Das Loch in der Kasse wird immer grösser – jetzt fehlen 280 Millionen. Es droht ein höherer Steuerfuss.

190
MILLIONEN FRANKEN

So viel **weniger Geld** als geplant erhält Luzern bis 2019 aus dem **neuen Finanzausgleich.**

nus. Laut den jüngsten Zahlen des Eidgenössischen Finanzdepartements erhält Luzern bis 2019 rund 190 Millionen Franken weniger aus dem neuen Finanzausgleich als geplant. Deshalb vergrössert sich das 90-Millionen-Loch in der Kasse auf 280 Millionen.

Neben weiteren Sparmassnahmen – etwa bei den Gemeinden – zieht die Regierung nun «ernsthaft in Betracht, den Steuerfuss zu erhöhen», wie Finanzdirektor Marcel Schwerzmann sagt. Damit setzt die Regierung das um, was Bildungsdirektor Reto Wyss gegenüber unserer Zeitung schon vor zwei Wochen forderte: «Es braucht eine ernsthafte Diskussion über höhere Steuern.»

Bei den Parteien kommt ein höherer Steuerfuss schlecht an, zeigt die Umfrage unserer Zeitung: CVP, SVP, FDP, SP und Grüne sprechen sich derzeit dagegen aus. **Kommentar 5. Spalte** **19**



Ein Monument steigt vom Rad

Sein Abschied naht: Fabian Cancellara (35), hier an der diesjährigen Tour de France, tritt Ende Saison ab. Der Berner, ein Monument des Radrennsports, trifft am kommenden Montag mit der Tour in Bern ein. **EQ/Tim De Waele** **29**

KOMMENTAR

Schwierige Erklärung

Die Luzerner Regierung wird dem Kantonsrat höchstwahrscheinlich beantragen, den Steuerfuss zu erhöhen. Dies deshalb, weil Luzern aus dem neuen Finanzausgleich (NFA) in den nächsten drei Jahren rund 190 Millionen Franken weniger erhält als budgetiert.

Sorgen bereitet der NFA auch anderen Zentralschweizer Kantonen – vorab den Zahlern Schwyz und Zug, in denen höhere Steuern konkret werden sollen (Schwyz) beziehungsweise immer ernsthafte diskutiert werden (Zug).

Anders als in Schwyz dürften höhere Steuern für natürliche Personen in Luzern jedoch unrealistisch sein: Ausser der GLP kann sich dies keine Partei vorstellen. Der Plan der Regierung scheint im Kantonsrat zumindest zum heutigen Zeitpunkt also chancenlos.

Dennoch wird die Diskussion um höhere Steuern für natürliche Personen den Linken, den Gewerkschaften und den Personalverbänden gelegen kommen. Sie ist nämlich Wasser auf die Mühlen ihrer Initiative, mit der die Halbierung der Firmensteuern 2012 teilweise rückgängig gemacht werden soll: Wie lässt sich dem Stimmbürger schlüssig erklären, warum sich die steuerlich stark entlasteten Unternehmen nicht an der Sanierung des Kantonshaushalts beteiligen sollen, die Allgemeinheit jedoch schon?

Sagt der Kantonsrat tatsächlich Nein zu höheren Steuern für die Allgemeinheit, bleibt dem Stimmvolk nur dies: zu entscheiden, ob es mit höheren Firmensteuern, verbunden mit der Gefahr abwandernder Unternehmen, einige Sparmassnahmen verhindern kann. Beispielsweise bei der Betreuung von Behinderten oder beim Angebot für Schulkinder.

LUKAS NUSSBAUMER
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch



INHALT

Agenda	34	Lagerdraht	14-18	Todesanzeigen	27
Forum	6	Ratgeber	28	TV/Radio	33
Kino	8	Spiel & Spass	10	Wetter	28

Abonnemente: 041 429 53 53, Fax 041 429 53 83, abo@lzmedien.ch. Redaktion: 041 429 51 51, E-Mail: redaktion@luzernerzeitung.ch, Internet: www.luzernerzeitung.ch. Inserate: 041 429 52 52, inserate@lzmedien.ch

ANZEIGE

Heute ist der Inhalt der Neuen LZ mal wieder allererste Sahne.

Mehr auf Seite 4.